

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Historische und aktuelle
Konfliktentwicklungen

Hintergründe

Friedensbemühungen der
Internationalen Gemeinschaft

Krisen und humanitäre Katastrophen



Bild: BMLV / HBF / Peter Lechner

Internationales Krisenmanagement in der Grenzregion Tschad, Sudan, Zentralafrikanische Republik



Private Sicherheits- und Militärfirmen

Setzt der Staat sein Gewaltmonopol aufs Spiel? Oder agiert er einfach kostenoptimierend? Tatsache ist, dass private Militärfirmen im Irak mit geschätzten 25 000 Mann nach den USA bereits das zweitstärkste Kontingent stellen. Das Buch beleuchtet politische, rechtliche und militärische Aspekte der Privatisierung von Sicherheit, um dem Leser ein möglichst umfassendes Bild zu vermitteln.



IFK Aktuell „Private Militärfirmen – Geschäft mit dem Krieg“

Diese Ausgabe beleuchtet den weltweiten Einsatz und den Hintergrund für ihren rasanten Aufstieg sowie die Probleme einer effektiven Tätigkeits- und Qualitätskontrolle. Neben dem Dienstleistungsspektrum werden auch die wesentlichen politischen, rechtlichen und militärischen Problembereiche ausgeführt, die sich durch den Einsatz von privaten Militärfirmen in den aktuellen Konfliktzonen ergeben.



Syrien – zwischen Beständigkeit und Wandel

Syrien kommt aufgrund seiner Lage zwischen den sicherheitspolitischen Brennpunkten Israel, Libanon und Irak eine herausragende Bedeutung zu. Frau Mag.^a Nadja Thoma analysiert in diesem Band die gesellschaftlichen Strukturen und das politische System des „unterschätzten Akteurs“, der sowohl Frieden fördernden als auch destabilisierenden Einfluss in der Region haben kann.



Sorting out the Mess

Walter Feichtinger und Gerald Hainzl geben in dieser Publikation einen Überblick über Kriege, Konflikte und Konfliktmanagement in Westafrika, das Verhältnis zu Europa und die wechselseitigen Erwartungen der internationalen Player, die um Einfluss bemüht sind.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK Aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml



Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger



Islam, Islamismus und Islamischer Extremismus

Die Reaktionen der Medien auf die vereitelten Terroranschläge der letzten Zeit in Deutschland sowie die Verhaftung von potentiellen Angehörigen einer al-Qa'ida nahen Terrorzelle in Österreich verdeutlichen den Informationsbedarf in der Gesellschaft, was den Islam anbelangt.

Krisen und humanitäre Katastrophen

Internationales Krisenmanagement in der Grenzregion Tschad, Sudan, Zentralafrikanische Republik

Seit sich die Europäische Union am internationalen Krisenmanagement im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik beteiligt, findet diese Region auch in den europäischen Medien erhöhte Aufmerksamkeit. Die Konflikte sind aber nicht erst in jüngster Zeit entstanden, sondern reichen bis in jene Zeit zurück, als die Sultanate Darfur und Waddai das heutige Grenzgebiet zwischen Tschad, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik dominierten. Bis heute spielt das damals entwickelte und hochkomplexe System von Allianzbildungen eine große Rolle und sollte bei der Suche nach Lösungen miteinbezogen werden.

Die Konflikte lassen sich nicht auf wenige Faktoren und Kategorien reduzieren. Ethnische, politische, soziale und wirtschaftliche Fragen müssen berücksichtigt werden, um ein Verständnis für die Situation zu entwickeln. Diese auf vielfältige und vielschichtige Weise miteinander verbundenen Komponenten bilden die Grundlage für das Entstehen und Zerfallen von Rebellengruppen sowie für Migrationsbewegungen und humanitäre Katastrophen, die oft in Gewalt, Vertreibung und Zerstörung münden.

Aber nicht nur lokale, sondern auch nationale und regionale Beziehungen haben erheblichen Einfluss auf die Konfliktlage. Auch die hohe Anzahl an Akteuren, das Scheitern traditioneller Konfliktlösungsmechanismen sowie externe Begehrlichkeiten an den Bodenschätzen tragen zur Verschärfung der Situation bei.

Die internationale Gemeinschaft ist bestrebt, diesen enormen Herausforderungen durch ein umfassendes Krisenmanagement zu begegnen. In der gemeinsamen Mission der UNO und der Afrikanischen Union in Darfur (Sudan) wird auch dem regionalen Aspekt Rechnung getragen. Mit der UN-Polizeimission MINURCAT wurde eine weitere Mission ins Leben gerufen, deren primäre Aufgabe es ist, die angrenzenden Regionen in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad zu stabilisieren und humanitäre Hilfe zu ermöglichen. Die EU-Mission EUFOR Tschad/RCA ist ein wichtiger Bestandteil dieser Bemühungen.

Inhalt	Historische und aktuelle Konfliktentwicklungen	Seite 4
	Krieg und Frieden im Sudan	
	Machtkonflikte im Tschad	
	Zentralafrikanische Republik als leidtragender Nachbar	
	Rebellen im Kampf um Macht und Mitbestimmung	
	Hintergründe der Konflikte	Seite 8
	Transnationale Konfliktodynamiken	
	Internationale Interessen	
	Die bedeutendsten Ressourcen der Region	
	Regionale Beziehungen	
	Friedensbemühungen der Internationalen Gemeinschaft	Seite 11
	Von AMIS zu UNAMID	
	UNAMID	
	EUFOR Tschad / RCA und MINURCAT	

Historische und aktuelle Konfliktentwicklungen

Die Konflikte in den Regionen Darfur (Sudan) und Waddai (Tschad) sowie ihre Auswirkungen auf den Nordosten der Zentralafrikanischen Republik sind nicht isoliert zu betrachtenden Phänomene, sondern in ihrer Dynamik und den Konfliktfaktoren miteinander verknüpft. Die Regionen waren bis zur Kolonisierung durch das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie durch Frankreich relativ autonome Sultanate und gingen verschiedene Allianzen ein bzw. bekämpften einander. Diese Instabilität zeigt bis heute Nachwirkungen und manifestiert sich in den wechselnden Allianzen der verschiedenen Gruppierungen, die sich aufspalten und in anderen Allianzen wiederfinden.

Krieg und Frieden im Sudan

Im Jänner 2005 wurde zwischen der sudanesischen Regierung und der südsudanesischen Rebellenbewegung SPLM/A (Sudan People's Liberation Movement/Army) der am längsten andauernde Bürgerkrieg Afrikas mit einem umfassenden Friedensabkommen (Comprehensive Peace Agreement – CPA) beendet. Auch Rebellengruppen im Osten des Landes schlossen Frieden mit der Regierung in Khartoum. Als die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Süden in eine intensive Phase traten und sich das Friedensabkommen bereits abzeichnete, fürchteten mehrere Gruppen in Darfur, dass sie politisch und wirtschaftlich weiterhin marginalisiert würden. Konflikte, die zwischen den Völkern Darfurs bereits seit Jahrzehnten bestanden, wurden daher kanalisiert und gegen die Regierung in Khartoum gerichtet. Im Jahr 2003 nahmen zwei Gruppen, das Justice and Equality Movement (JEM) und das Su-

dan Liberation Movement/Army (SLM/A), den Kampf gegen die Zentralregierung auf.

Die Gründe für die Rebellion liegen sicherlich zu einem gewissen Teil in der Vernachlässigung jener Gebiete, die hunderte von Kilometern von der Hauptstadt entfernt sind. Seit Jahrhunderten traten immer wieder Spannungen zwischen einzelnen Gruppen auf. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschärfen ein hohes Bevölkerungswachstum, mehrere Dürrekatastrophen die Konflikte um Land und Zugang zu Wasser. Eine religiöse Komponente besitzen die Auseinandersetzungen in Darfur allerdings nicht – alle Konfliktakteure sind Muslime.

Die Regierung des Sudan setzte im Kampf gegen die Rebellen auf loyale Gruppen. Sie wurden in weiterer Folge als Janjaweed bekannt und für Übergriffe auf die Bevölkerung verantwortlich gemacht. Diese Reitermilizen werden als gut ausgerüstet beschrieben und sollen gemeinsam mit regulären Streitkräften operieren, die vorwiegend Luftstreitkräfte einsetzen. Vielfach wird der Regierung vorgeworfen die Gruppen gegeneinander auszuspielen. Sie wird auch beschuldigt die ansässige Bevölkerung zu vertreiben und Neuansiedlungen von „regierungsfreundlicheren“ Gruppen zu forcieren. Als „heißeste Phase“ der Auseinandersetzung gilt bisher der Zeitraum 2003/04.

Im April 2004 wurde erstmals ein Waffenstillstand vereinbart, der nicht lange hielt. Im Mai 2006 sollten neuerliche Verhandlungen eine Lösung bringen, allerdings war auf Seiten der Rebellen nur

■ Basisdaten			
	Sudan	Tschad	Zentralafrikanische Republik
Name	Republik Sudan (Jumhuriya al-Sudan)	Republik Tschad (République du Tchad, Jumhuriyyat Tshad)	Republik Zentralafrika (République Centralafricaine, Ködrö tî Bê-Afrika)
Fläche in 1000 km ²	2.505,8	1284	623
Bevölkerung (2006)	37,7 Mio.	10,5 Mio.	4,3 Mio.
Sprachen insgesamt	134	132	70
Amtssprache(n)	Arabisch, Englisch (im Süden)	Französisch, Arabisch	Französisch, Sango
Staatsoberhaupt	Omar Hassan Ahmad Al Bashir	Idriss Déby	François Bozizé
Unabhängigkeit	1. Jänner 1956	11. August 1960	13. August 1960
Lebenserwartung bei der Geburt	58,1	50,6	44,4
BIP/Kopf (Kaufkraft auf \$-Basis)	2.083	1.427	1.224
Wirtschaftswachstum	11,2 % (2007)	4,0 % (2007)	- 1,2 % (2007)

ein Flügel der SLM/A bereit, den Friedensvertrag (Darfur Peace Agreement – DPA) auch tatsächlich zu unterzeichnen. Dieser sah analog zum Abkommen zwischen Nord- und Südsudan eine Beteiligung an der Regierung und den Staatseinkünften sowie eine Entwaffnung vor. Khartoum kann das Abkommen trotzdem als Erfolg werten. Die SLM/A wurde aufgespalten und damit ihrer Schlagkraft und Legitimität als Freiheitsbewegung des gesamten Darfur beraubt. Während die SLM/A geschwächt wurde, bewies das JEM Mitte Mai 2008 mit einem Angriff auf die Stadt Omdurman, dass es in der Lage ist, bis Khartoum vorzudringen und die Streitkräfte herauszufordern.

Während in Darfur weiterhin Krieg herrscht, stellt sich auch der Frieden im Süden als äußerst fragil dar. Dies zeigten nicht zuletzt die Kämpfe um die umstrittene Grenzregion Abyei zwischen Kräften des Nord- und Südsudans im Mai 2008. Große Brisanz wird der für 2011 angesetzten Abstimmung des Südens über seine Unabhängigkeit zukommen. Über den Ausgang der Abstimmung lässt sich derzeit nur spekulieren.

Machtkonflikte im Tschad

Die Menschen im Tschad haben seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 noch keine friedliche Machtübernahme erlebt. Alle Präsidenten des Landes waren Rebellenführer, die durch einen bewaffneten Umsturz an ihr Ziel gelangten – so auch der jetzige Präsident, Idriss Déby Itno. 1989 startete der frühere Mitstreiter des damaligen Diktators Hissène Habré – mit Unterstützung der sudanesischen Regierung – von Darfur aus eine erfolgreiche Rebellion. Während die von Déby geweckten Hoffnungen auf Demokratisierung enttäuscht wurden, intensivierten sich die Putschversuche gegen ihn.

Im Jahr 2003 verstärkten drei Faktoren den Kampf um Macht und Einfluss zwischen der Regierung und ihren Gegnern. Im Tschad wurden bereits in den 1960er Jahren Ölvorkommen entdeckt, die das Land 2003 zum Erdölexporteur machten. Zusätzlich kündigte Déby eine Verfassungsänderung an, die ihm eine dritte Amtsperiode ermöglichte, was auch Widerstände innerhalb seines eigenen Volkes, der Zaghawa, auslöste. Gleichzeitig brach der Bürgerkrieg in Darfur aus. Anfänglich stellte sich Déby hinter die Regierung in Khartoum. Durch die Beteiligung sudanesischer Zaghawa an der Rebellion im Westsudan entstand unter Débys Mitstreitern erheblicher Widerstand gegen seine Politik. Um die Situation zu entschärfen, begann er 2005 Rebellen im Westsudan zu unterstützen und brach mit Khartoum.

Nach zahlreichen Versuchen, Präsident Déby zu stürzen, schien ein im Oktober 2007 in Sirte (Libyen) geschlossenes Friedensabkommen zwischen der Regierung und den tschadischen Rebellengruppen UFDD (Union des Forces pour la Démocratie et le Développement) sowie RFC (Rassemblement des Forces pour le Changement) eine friedliche Entwicklung einzuleiten. Nach nur einem Monat lösten sich diese Hoffnungen jedoch durch erneute Kämpfe zwischen Regierung und Rebellen in Luft auf.

Die neu formierte Rebellenallianz Alliance Nationale (AN) drang im Februar 2008 bis zum Präsidentenpalast vor, in den sich Déby

mit seiner Leibgarde zurückgezogen hatte. Den tschadischen Streitkräften gelang es jedoch, mit ca. 3 000 Mann die etwa gleich starke AN zurückzuschlagen. Am 14. Juni 2008 brachen zwischen Regierungstruppen und Rebellen im Osten des Tschad erneut Kämpfe aus. Der Vorstoß der Rebellen konnte die Hauptstadt N'Djamena diesmal nicht erreichen. Bei Goz Beida wurden dabei erstmals auch irische Soldaten der europäischen Friedenstruppe in Kämpfe verwickelt, sie blieben aber unverletzt.

Während tschadische Rebellen Waffen und logistische Unterstützung aus Khartoum erhalten, kooperiert die Regierung in N'Djamena mit Rebellen in Darfur. Am 13. März 2008 schlossen Idriss Déby und Omar al-Bashir, der Präsident des Sudan, in Dakar (Senegal) ihr sechstes Friedensabkommen in fünf Jahren. Experten zweifeln jedoch an einer konkreten Umsetzung.

Zentralafrikanische Republik als leidtragender Nachbar

Die Zentralafrikanische Republik ist ein Opfer der Konfliktentwicklungen im Sudan und im Tschad. Es ist das ärmste der drei Länder und besitzt außer begrenzten Diamantvorkommen keine bisher bekannten nennenswerten Rohstoffe. Frankreich ist in der

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Tschadische Rebellen auf dem Vormarsch nahe der Stadt Goz Beida

Zentralafrikanischen Republik bedeutend einflussreicher als im Tschad. Seit der Unabhängigkeit 1960 hat kein Regierungswechsel ohne Zustimmung oder direkte Einmischung der ehemaligen Kolonialmacht stattgefunden. Die Mehrheit der Staatsschefs investierten weder in Infrastruktur noch Bildung, sondern beuteten das Land aus. Sie unterschieden sich darin nicht von den ehemaligen Kolonialherren.

Im Jahr 2003 putschte sich der aktuelle Staatspräsident, François Bozizé, mit Hilfe tschadischer Söldner und Soldaten der tschadischen Präsidentengarde unblutig an die Macht. Zwei Jahre später gewann er die allgemein als frei und fair angesehenen Präsidentschaftswahlen. Aufgrund ansteigender Korruption und des Terrors, den ehemalige Söldner unter der Landbevölkerung verbreiteten, nahmen bereits ein halbes Jahr nach den Wahlen Rebellen Gruppen aus

dem Norden den bewaffneten Widerstand gegen die Regierung in Bangui auf. Die Kämpfe forderten vor allem unter der Zivilbevölkerung hohe Verluste. Nachdem Frankreich auf Seiten der Regierungstruppen direkt militärisch in den Konflikt eingegriffen hatte, wurde 2007 mit den Rebellen im Nordosten des Landes ein Friedensabkommen unterzeichnet. Mit den Rebellen im Nordwesten steht Staatspräsident Bozizé derzeit in direkten Verhandlungen.

Rebellen im Kampf um Macht und Mitbestimmung

Sudan

Als der Konflikt in Darfur 2003 ausbrach, war die Regierung in Khartoum lediglich mit zwei Rebellengruppen konfrontiert. Seit damals haben sich jedoch in eine Vielzahl kleinerer Gruppierungen (Beobachter sprechen von mehr als 30) aufgesplittert. Die Regierung wird dadurch in Darfur militärisch stärker herausgefordert. Auch ein Friedensschluss wird dadurch erheblich erschwert.

Das ethnisch heterogene Sudan Liberation Movement/Army (SLM/A) spaltete sich im November 2005 nach einem internen Machtkampf. Der Zaghawa Minni Arkou Minnawi repräsentierte den militärischen Arm der SLM und der Fur Abdel Wahid Mohamed el-Nur kontrollierte den politischen Flügel. Die Differenzen zeigten sich besonders im Rahmen der Verhandlungen zum DPA, das von Minnawi als einzigem Rebellenführer unterzeichnet wurde. In weiterer Folge bildeten sich zahlreiche Splittergruppen, wie z.B. die SLM-Unity Faction oder das Greater Sudan Liberation Movement/Army.

Das Justice and Equality Movement (JEM) wurde 2002 gegründet und richtete sich im Gegensatz zur SLM/A weniger nach ethnischen als nach religiösen Gesichtspunkten aus. Es soll dem islamisch fundamentalistischen Politiker und ehemaligen Parlamentspräsidenten, Hassan al Turabi, nahe stehen. Allerdings konnte diese Basis die Gruppe ebenso wenig vor Aufsplitterungen schützen.

„Foreign parties are behind the issue. They have fabricated and exaggerated it. Frictions and conflicts have always existed between the tribes.“

Omar Hassan Al-Bashir, Präsident des Sudan

Tschad

Der Tschad verfügt wie der Sudan über eine Vielzahl von Rebellengruppen, da der Weg an die Macht bisher ausschließlich über eine bewaffnete Rebellion führte. Zwischen den verschiedenen Akteuren verschieben sich die Machtverhältnisse sehr rasch, was deren Einschätzung bedeutend erschwert.

Die im Moment drei bedeutendsten Gruppierungen haben sich im Dezember 2007 zur Alliance Nationale (AN) zusammengeschlossen. Festzuhalten ist, dass es sich hierbei um ein Zweckbündnis zum Sturz Débys handelt. Bei einer erfolgreichen Machtübernahme ist eine friedliche Machtteilung oder eine Demokratisierung des Landes auf Grund der Heterogenität der AN nicht gesichert.

Die stärkste der in der AN zusammengefassten Gruppen ist die

UFDD (Union des Forces pour la Démocratie et le Développement). Geführt wird die UFDD von Mahamat Nouri. Dieser war nicht nur Botschafter in Saudi-Arabien, sondern bis April 2006 auch Verteidigungsminister seines Landes. Er stammt aus dem Norden des Tschad und gilt als enger Vertrauter des durch Déby gestürzten Diktators Hissène Habré. Die UFDD scheint über eine gute Ausrüstung und Bewaffnung zu verfügen. Eine Splittergruppe ist die von Abdelwahid Aboud Makaye angeführte UFDD-F (UFDD-Fundamentale).

„There's no Chadian rebellion. It's the Sudanese government that has a program to destabilize Chad.“

Idriss Déby, Präsident des Tschad

Das Rassemblement des Forces pour le Changement (RFC) von Timane und Tom Erdimi gehört ebenfalls der AN an. Die Zwilingsbrüder sind wie Déby Zaghawa und langjährige Weggefährten des Präsidenten. Während Timane Erdimi jahrelang Leiter des Präsidialbüros war, hatte sein Bruder die Position des Direktors der staatlichen Erdölfirma inne. Das Motiv für ihre Revolte dürfte ein Machtkampf mit dem Präsidenten sein. Die Brüder widersetzten sich sowohl einer dritten Amtszeit Débys als auch seinem Bestreben, seinen Sohn als Nachfolger im Amt aufzubauen.

Der FUC (Front Uni pour le Changement) konnte bereits knapp zwei Jahre vor der AN, im April 2006, N'Djamena militärisch bedrohen. Ihr Kommandant, Mahamat Nour Abdelkerim, schloss im folgenden Dezember ein Abkommen mit Déby und wurde zum Verteidigungsminister ernannt. Diesen Posten hatte er jedoch nur ein Jahr inne. Als im Dezember 2007 eine große Anzahl seiner Mitstreiter im Osten des Landes sich weigerte, die Waffen abzugeben, kam es zu Schießereien zwischen ihnen und Regierungstruppen. Noch am selben Tag enthob Déby den Verteidigungsminister seines Amtes. Einige der FUC-Kämpfer sollen sich in der Folge der UFDD sowie der RFC angeschlossen haben.

Zentralafrikanische Republik

Die APRD (Armée Populaire pour la Restauration de la République et la Démocratie) ist vor allem im Nordwesten der Zentralafrikanischen Republik aktiv. Ihre Mitglieder rekrutiert sie aus dörflichen Selbstschutzgruppen und aus der Präsidentengarde von Bozizés Vorgänger, Felix-Ange Patassé. Durch den effektiven Schutz der Bevölkerung vor Straßenräubern sowie der Einhebung von Steuern hat sie in der Region de facto staatliche Funktionen übernommen.

Im Nordosten des Landes nahm nur wenige Monate nach dem Ausbruch der Kämpfe im Nordwesten die Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement (UFDR) den bewaffneten Kampf gegen Bozizé auf. Sie setzt sich vor allem aus ehemaligen Kämpfern zusammen, die Bozizé bei seiner Machtübernahme noch unterstützt hatten. Die Vakaga-Provinz im Nordosten unterhält beste Handelsbeziehungen in die nördliche Nachbarregion Darfur. Arabisch dient im Gegensatz zu den anderen Landesteilen der Zentralafrikanischen Republik als Handelssprache.

■ Entwicklungen seit der Unabhängigkeit

■ Sudan

Jahr	Ereignis
1955	Beginn der Rebellion und des ersten Bürgerkrieges im Südsudan
1956	Unabhängigkeit von Großbritannien und Ägypten
1972	Friedensschluss zwischen der Regierung und südsudanesischen Rebellen
1978	Entdeckung großer Ölvorkommen im Südsudan
1983	Erneuter Ausbruch des Bürgerkrieges, nachdem die Autonomie des Südens außer Kraft gesetzt wurde und die Scharia als landesweit rechtsverbindliches System eingeführt werden sollte. Gründung der SPLM/A durch Oberst John Garang
1989	Putsch durch Omar al-Bashir in Khartoum
2002	Unterzeichnung eines Rahmenabkommens in Machakos (Kenia) zwischen Nord- und Südsudan
2003	Eskalation des Konfliktes in Darfur
2005	Unterzeichnung des CPA zwischen Zentralregierung und SPLM/A
2006	Unterzeichnung des DPA zwischen Zentralregierung und einer Fraktion des SLM/A
2008	Rebellen des JEM dringen bis nach Khartoum vor. Kämpfe zwischen Truppen des Nord- und Südsudans um die erdölreiche Region Abyei
2011	Geplantes Referendum über Unabhängigkeit des Süden

■ Tschad

Jahr	Ereignis
1960	Unabhängigkeit von Frankreich
1989	Putsch des Diktators Hissène Habré durch Idriss Déby Itno
1990	Entdeckung des zurzeit wichtigsten Ölfeldes
2003	Tschad wird Erdölexporteur
2003	Änderung der Verfassung durch Déby zur Ermöglichung einer dritten Amtsperiode
2006	Wahl Débys zu einer dritten Amtsperiode
2006	Die FUC dringt bis an die Stadtgrenze der Hauptstadt vor
2008	Entsendung einer EU-Operation in den Tschad
2008	Die Rebellenallianz AN dringt bis zum Präsidentenpalast vor

■ Zentralafrikanische Republik

Jahr	Ereignis
1960	Unabhängigkeit von Frankreich
1993	Erste freie Wahlen des Landes. Sieg durch Felix-Ange Patassé
2000	Abzug einer zweijährigen UN-Mission (MINURCA)
2003	Sturz von Felix-Ange Patassé durch François Bozizé
2005	Sieg von Bozizé bei den Präsidentschaftswahlen
2005	Eskalation der Rebellion im Nordwesten und Nordosten des Landes
2007	Friedensschluss im Nordosten

Hintergründe der Konflikte

Die Auseinandersetzungen in den drei Ländern stellen keine voneinander unabhängigen Konflikte dar, sondern sind mehr oder weniger eng miteinander verwoben. Als komplexe regionale Konfliktsysteme destabilisieren sie aufgrund grenzüberschreitender Verflechtungen die gesamte Region. Die Konflikte haben sich unterschiedlich entwickelt und auch ihre zeitliche Abfolge weist große Unterschiede auf. Aber durch die Verwicklung staatlicher Akteure haben sie hohen Einfluss auf regionale sicherheitspolitische Zusammenhänge. Die Verflechtungen auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene tragen wesentlich zu den analytischen Schwierigkeiten bei, jene räumlichen und sozialen Grenzen festzumachen, entlang derer sich die Konflikte unterscheiden lassen könnten.

Die Zentralafrikanische Republik erlangte bereits lange vor dem Darfur-Konflikt eine besondere regionale Bedeutung. Auch im sudanesischen Nord-Süd-Konflikt haben sowohl Truppen der Regierung in Khartoum als auch des SPLM/A das Staatsgebiet der Zentralafrikanischen Republik für ihre militärischen Aktivitäten genutzt. Da der Tschad mit dem Sudan ethnisch, kommerziell und kulturell stark verbunden ist, war dieses Land immer Teil der sudanesischen Konflikte. Gegenüber dem Tschad stellen sowohl der Sudan als auch Libyen hegemoniale Ansprüche, die erheblich zur Instabilität der Region beitragen. Aber auch der Tschad tritt als Hegemon auf: Seit der Machtübernahme von Präsident Bozizé in der Zentralafrikanischen Republik unterstützt der Tschad die Präsidentengarde mit Soldaten. Der Tschad ist also keinesfalls nur Opfer, sondern sehr wohl auch regionaler Akteur mit Machtansprüchen.

Transnationale Konfliktdynamiken

Die Konfliktentwicklungen in diesem Länderdreieck weisen Faktoren auf, die alle einen grenzüberschreitenden Charakter haben: Land- und Wasserknappheit, die Missachtung der Grenzen durch Gewaltakteure sowie Waffenzirkulation.

Land- und Wasserknappheit führen zu massiven Migrationsbewegungen verschiedener Bevölkerungsgruppen, die auf der Suche nach neuen Lebensräumen und Weidegründen häufig mit der ansässigen Bevölkerung in Konflikt geraten können. In den 1980er Jahren fanden massive Bevölkerungsverschiebungen innerhalb des Tschad in den Osten sowie nach Darfur statt. Sowohl unter den Rebellengruppen als auch unter den sogenannten Janjaweed befinden sich deshalb viele tschadische Bürger und sogar ehemalige Soldaten der tschadischen Streitkräfte. Diese große und rasche Austauschbarkeit der Gewaltakteure beruht nicht zuletzt darauf, dass die gleichen ethnischen Gruppen diesseits und jenseits der Grenze leben und daher sehr leicht eine gemeinsame Identität finden. Dieser Umstand trägt auch dazu bei, dass Waffen über die Grenzen hinweg zirkulieren und zu raschen Verschiebungen der Machtverhältnisse beitragen. Die Waffenzirkulation folgt dabei den Wegen

■ Sklavenhandel

Sklavenhandel war im Dreiländereck Sudan – Tschad – Zentralafrikanische Republik Jahrhunderte lang Bestandteil der Beziehungen zwischen den Völkern dieser Region. Der Kampf um die Vorherrschaft zwischen den Sultanaten Waddai und Darfur im 17. und 18. Jahrhundert betraf auch den ökonomisch einträglichen Sklavenhandel. Versklavt wurden nicht nur die Kontrahenten in der unmittelbaren Umgebung. Sklaven wurden auch im Süden gejagt und in den Norden gebracht. Dort wurden sie sowohl lokal als auch auf die Arabische Halbinsel verkauft. Dieser so genannte „arabische Sklavenhandel“ wurde bis heute kaum erforscht. Es stellt allerdings einen wichtigen Aspekt zum Verständnis der politischen Vorgänge dar.

der politischen Unterstützung. Zum Beispiel haben tschadische Rebellengruppen analog den sudanesischen Streitkräften immer mehr chinesische Waffen. Sie erbeuten aber auch französische Waffen von den tschadischen Streitkräften. Zusätzlich verschärft wird die Problematik dadurch, dass Waffen von den unterschiedlichsten Akteuren je nach Allianz faktisch unkontrolliert weitergegeben werden.

Historisch gesehen haben tschadische Gruppen sehr häufig Darfur genutzt, um sich dort zu organisieren, sowohl mit als auch ohne Unterstützung der Regierung in Khartoum. Die Krise in Darfur ist daher eben nicht nur ein Konflikt der den Sudan betrifft. Sie trägt aufgrund des regionalen Charakters der Konfliktsysteme auch zur Verschärfung des politischen Konfliktes im Tschad bei. Für die tschadische Regierung ist die internationale Wahrnehmung als „Opfer“ der Entwicklungen in Darfur durchaus nicht negativ, solange daraus politisches Kapital erzielt werden kann. Auch das internationale Krisenmanagement konzentriert sich auf Darfur und arbeitet kaum an einer nationalen Konfliktransformation im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik. Die Probleme in Darfur strahlen auch erheblich in den Tschad aus. Sie sind aber nicht die Konfliktursache, sondern können lediglich als verschärfender Faktor eingestuft werden.

Internationale Interessen

Neben regionalen Akteuren üben internationale Akteure einen großen Einfluss auf die Region aus. Frankreich war für den Tschad immer von besonderer Bedeutung und selbst nach dessen Unabhängigkeit blieb die jeweilige Regierung von französischem Eingreifen auf politischer und militärischer Ebene abhängig. Frankreich hat sowohl im Tschad als auch in der Zentralafrikanischen Republik Truppen stationiert und sichert sich damit Einfluss und Kontrolle. Daneben haben sich aber andere Akteure etabliert, die ihre Interessen verfolgen und, wie die USA und China, an den

Ressourcen der Region (besonders Erdöl) interessiert sind. Diese internationalen Akteure sind durch ihre Unterstützung oder den Entzug derselben mitentscheidend für die Stabilität oder auch den Sturz einer Regierung.

Frankreich verfügt über sehr großen Einfluss im Tschad und noch mehr in der Zentralafrikanischen Republik, strebt jedoch keine grundlegende Reform in diesen Ländern an. Der Tschad hat interessanterweise nie eine wirtschaftliche Bedeutung für Frankreich gehabt, ist jedoch als Bindeglied zwischen Zentral- und Nordafrika von erheblicher strategischer Bedeutung. Frankreich hat daher im Tschad auch eine Militärbasis errichtet, um seinen regionalen Einfluss nicht zu verlieren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Frankreich mit seinen enormen strategischen Interessen im Tschad und strategisch-wirtschaftlichen Interessen in der Zentralafrikanischen Republik als treibende Kraft hinter der Mission EUFOR Tchad/RCA steht.

Die USA sind neben den Ressourcen vor allem an der Bekämpfung des transnationalen Terrorismus interessiert. Sie verfolgen diese Ziele allerdings sehr punktuell. Hinsichtlich Konflikttransformation oder einem direkten militärischen Engagement zeigte sich Washington bisher jedoch sehr zurückhaltend. Allerdings kann die Unterstützung diktatorischer Regime, die im US-Antiterrorkrieg als nützlich eingestuft werden, langfristig Konfliktlösungen erschweren oder die Basis für weitere Konflikte legen.

Die bedeutendsten Ressourcen der Region

Sudan

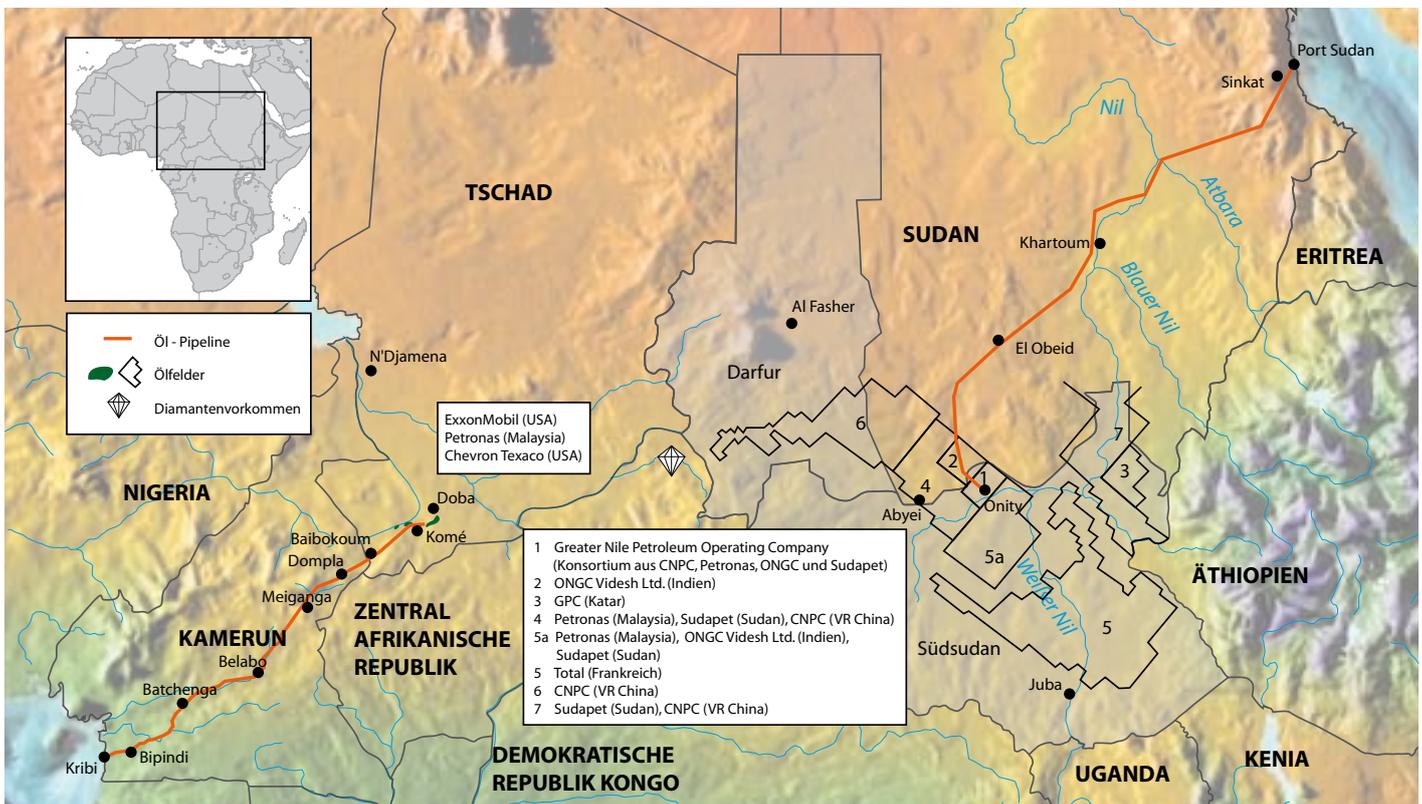
Der Sudan verfügt mit etwa 6,4 Mrd. Barrel Erdöl – nach Libyen, Nigeria, Algerien und Angola – über die fünfgrößten Erdölvor-

kommen Afrikas. Insgesamt werden die Reserven des Kontinents auf über 117,2 Mrd. Barrel geschätzt. Im Sudan hat die tägliche Erdölproduktion bereits 2007 die 500 000 Barrel-Grenze überschritten. Für die sudanesische Regierung bedeutet dies Einnahmen von knapp 600 Millionen US-Dollar pro Monat (Stand: Januar 2008).

In den 1970er Jahren erwarben Chevron (USA) und Total (Frankreich) als erste Unternehmen Bohrlizenzen im Sudan. Nach Rebellenangriffen Mitte der 1980er Jahre zogen sich beide Unternehmen zurück, Total behielt aber bis heute seine Rechte. Kapital und Technologie der neu eingestiegenen kanadischen Firma Talisman ermöglichten in den 1990er Jahren den Bau einer 1540 km langen Pipeline nach Port Sudan ans Rote Meer. Westliche Unternehmen wie Talisman verkauften aber auf Druck internationaler Menschenrechtsorganisationen ab 2002 ihre Lizenzen. Als Käufer trat dabei vor allem das indische Unternehmen ONGC Videsh Ltd. auf. Die beachtlichen Erdgasvorkommen des Sudan blieben bisher weitestgehend unerschlossen.

Tschad

Im Tschad wurde bereits in den 1960er Jahren Öl entdeckt. Aufgrund fehlender Infrastruktur und politischer Instabilität wurde aber erst knapp 40 Jahre später mit der Erdölförderung begonnen. Der Tschad sollte ein Musterbeispiel für die nachhaltige Nutzung von Erdöleinkünften werden. Zur Finanzierung der Erdölpipeline – durch die täglich 225 000 Barrel von den Erdölfeldern um Doba (im Süden Tschad) durch Kamerun bis an den Golf von Guinea fließen – schloss Idriss Déby einen Vertrag mit der Weltbank und einem Konsortium von Ölfirmen (ExxonMobil, ChevronTexaco und Petronas). 70% der Einnahmen sollten der Entwicklung der Infrastruktur, Bildungsmaßnahmen, und der Armutsbekämpfung



zu Gute kommen. Mit dem stark steigenden Ölpreis erhöhten sich die Einkünfte der Regierung, aber auch die Begehrlichkeiten nach Übernahme der politischen Macht. Nach dem gescheiterten Rebellenangriff im April 2006 gab der Präsident entgegen den Vereinbarungen vermehrt Geld für die Streitkräfte aus. In weiterer Folge wurde auf Druck des tschadischen Präsidenten ein neuer Vertrag ausgehandelt, welcher der Weltbank geringere Kontrollmöglichkeiten einräumt. Neu entdeckte Erdölvorkommen werden von diesem Vertrag überhaupt nicht erfasst. Sollte die intensive Suche in der Region des Tschadsees erfolgreich sein, würden die Einnahmen zur Gänze der tschadischen Regierung zur Verfügung stehen.

Zentralafrikanische Republik

Der einzig bisher bekannte nennenswerte Rohstoff der Zentralafrikanischen Republik sind Diamanten im Nordosten des Landes. Diese werden jedoch nicht industriell abgebaut.

Regionale Beziehungen

Verzerrte mediale Berichterstattung

Die Darstellung der Konflikte in den Massenmedien hat zu vereinfachenden Mustern geführt, die die öffentliche Wahrnehmung dominieren („Hollywoodisierung der Hilfskampagnen“). Diese verkürzende und simplifizierende Berichterstattung entspricht nicht der sozialen und gesellschaftlichen Realität in der Region. So greift die häufig geübte Darstellung als Konflikt zwischen Christen und Moslems oder „Arabern“ und „Schwarzafrikanern“ viel zu kurz. Die Identität ist von der jeweiligen Situation und dem sozialen Kontext abhängig und kann sich sowohl auf ethnische, religiöse, soziale als auch ökonomische Zugehörigkeiten beziehen und ist fließend.

Viele Akteure und wechselnde Allianzen

Eine Vielzahl von Akteuren auf verschiedenen Ebenen und flexible Allianzbildungen sind kein neues Phänomen. Der rasche Wechsel in der Bildung und der Auflösung von Bündnissen hat eine lange Tradition. Dabei steht weniger die Verfolgung gemeinsamer Interessen im Vordergrund. Es geht vielmehr darum durch die Auswahl starker Partner Schutz zu erhalten sowie eigene Wünsche und Vorstellungen besser umsetzen zu können.

Auch als der Tschad und der Sudan als Staaten noch nicht existierten war die heutige Grenzregion bereits Grenzgebiet. Auf mehreren hundert Kilometern Breite war es ein sogenanntes „Wildes Niemandsland“ zwischen den mächtigen Sultanaten Waddaï und Darfur, die selbst durch den Zerfall eines noch größeren Reiches gegen Mitte des 17. Jh. entstanden waren. Zwischen diesen Reichen lagen kleinere Sultanate, vollwertige Staaten mit einigen zehntausend Einwohnern, die aber zu ihrem Schutz einem der beiden Sultane Tribut zahlen mussten. Die Gefolgschaft für Waddaï oder Darfur war aber immer fließend. Sobald eine der beiden Großmächte geschwächt wurde, versuchte die andere Seite, ihre Einflussosphäre zu erweitern. Aber auch interne Konflikte in den kleineren Sultanaten konnten Veränderungen in der Zugehörigkeit herbeiführen. War eine Splittergruppe mit ihrem Herrscher unzufrieden, konnte sie versuchen, ein Bündnis mit dem Gegner ihres Herrschers einzugehen. Sobald ein Umsturz erfolgreich war, achteten die Konfliktparteien darauf, die Konflikte wieder zu schlichten,

um das Gesamtgefüge aufrecht zu erhalten. Schlichtungen konnten durch die Bezahlung eines sogenannten Blutgeldes, aber auch durch Eheschließungen und wirtschaftliche Arrangements erreicht werden. Diese Verbindungen wurden mit der Zeit so vielschichtig, dass sie immer wieder die Option offen ließen, neue Allianzen einzugehen. Die scheinbar so klar voneinander abgegrenzten Gruppen sind de facto immer offen gewesen. Auch der Wechsel von einer Gruppierung zur anderen war für Individuen innerhalb von ein oder zwei Generationen möglich.

Nach über 200 Jahren Konkurrenz zwischen den beiden großen Sultanaten wurde Darfur erstmals besiegt und Teil des türkisch-britischen Reiches. Der Sultan von Waddaï hingegen wurde von den Franzosen besiegt, die bis nach Abéché vordrangen. In der Unsicherheit, ob die mächtigen Sultane zurückkehren würden, bekamen Allianzbildungen eine noch größere Bedeutung. Erst die Festlegung der Grenze zwischen Tschad und Sudan Ende des 19. Jahrhunderts setzte dem ein vorläufiges Ende. Allerdings gibt es Belege dafür, dass die Sultane kleiner Gebiete durchaus versuchten, die Allianzfunktion der ehemaligen Großreiche Waddaï und Darfur durch die neuen europäischen Machthaber zu ersetzen.

Wer die Situation im heutigen Grenzgebiet näher verfolgt, kann unschwer Parallelen zu diesen Ereignissen ziehen. Auch heute haben sich Allianzen zwischen Rebellen gebildet, sind immer wieder aufgebrochen und neu zusammengefügt worden. Rebellenführer, sowohl im Tschad als auch im Sudan, suchen den mächtigsten Partner und wechseln häufig die Seite.

Traditionelle Konfliktlösungsmechanismen

Das betroffene Gebiet ist von der Ausdehnung der Sahara geprägt. Die Landwirtschaft war und ist stets eine große Herausforderung für die Menschen. Es treffen unterschiedlichste Wirtschaftssysteme aufeinander, die sich unter sesshafter Landwirtschaft und halbnomadischer Viehwirtschaft zusammenfassen lassen. Das Entstehen von Konflikten durch die unterschiedlichen Lebensweisen überrascht ebenso wenig wie die Tatsache, dass diese Konflikte kein neues Phänomen sind. Aus diesem Grund gab und gibt es lokale Konfliktlösungsmechanismen, die für gewöhnlich auch funktionieren.

Die Dürrekatastrophe in den 1980er Jahren im Sudan und der folgende Krieg im Tschad mit vielen Flüchtlingen haben allerdings besondere Spannungen verursacht. Zusätzlich haben die einzelnen Staaten versucht, politisch Einfluss zu nehmen und ihre Interessen durchzusetzen, indem sie einzelne Gruppen gegen andere bewaffneten. Damit war eine neue Intensität von Gewalt geschaffen, die es vor den 1970er Jahren nicht gab. Traditionelle Konfliktlösungsmechanismen wurden damit de facto außer Kraft gesetzt, obwohl die Konfliktstrukturen seit der Zeit der Sultane ähnlich geblieben sind. Nun geht es aber nicht mehr um das Blutgeld für Einzelne. Mit modernen Waffen werden viele Menschen getötet – dies übersteigt die Möglichkeiten dieser Mechanismen. Auch sind die politischen Interessen, für welche die Kämpfe heute instrumentalisiert werden, deutlich weitreichender als früher. Es geht nicht mehr nur um die Durchsetzung lokaler Interessen, sondern auch um die Macht im Staat und in der Region.

Friedensbemühungen der Internationalen Gemeinschaft

Afrika steht heute im Fokus des UN-Krisenmanagements. 80% aller weltweit eingesetzten Peacekeeping-Soldaten stehen in Afrika. Mehr als 70% des gesamten Peacekeeping-Budgets der Vereinten Nationen werden für Einsätze in Afrika verwendet. Die Konfliktregion Sudan, Tschad, Zentralafrikanische Republik stellt derzeit die größte Herausforderung dar. Gemäß dem Prinzip „afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ ist die Afrikanische Union (AU) bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Sowohl die UNO als auch die AU werden durch die Europäische Union bei ihren Bemühungen unterstützt, regionale Stabilität zu schaffen.



Omar Hassan Al-Bashir und Idriss Déby unterzeichnen im Beisein des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon das Friedensabkommen von Dakar (Senegal) am 13. März 2008

Im Dreiländereck Sudan, Tschad und Zentralafrikanische Republik wirken daher drei Missionen zusammen: die EU-Mission EUFOR Tchad/RCA, die UN-Polizeimission MINURCAT (United Nations Mission in the Central African Republic and Chad) und die „Hybridmission“ UNAMID (United Nations - African Union Mission in Darfur). Sie stellen ein anspruchsvolles Modell einer Kooperation verschiedener multinationaler Organisationen dar. Im direkten und indirekten Zusammenwirken sollen sie dem grenzüberschreitenden Charakter der Konflikte gerecht werden.

Von AMIS zu UNAMID

Kritiker unterstellen der UNO sowie der AU, auf den Darfur-Konflikt zu spät, zu gering und zu milde reagiert zu haben. Der Bürgerkrieg erreichte seinen Höhepunkt bereits 2003/04, doch erst im Juni 2004 wurde der Darfur-Konflikt erstmals in einer Resolution des Sicherheitsrates erwähnt. Im Juli 2004 startete die AU eine Mission im Sudan (African Union Mission in Sudan – AMIS), die mit 80 Militärbeobachtern und 300 Soldaten einen äußerst fragi-

len Waffenstillstand in einem Gebiet von der Größe Frankreichs überwachen sollte. Im September 2004 wurde die Aufstockung von AMIS auf 3320 Soldaten und Polizisten und im April 2005 auf insgesamt 7700 Mann beschlossen (AMIS II). Jedoch war selbst diese Zahl an Truppen zu gering, ihre Ausrüstung unzureichend und ihr Mandat zu schwach, um die politische Zielsetzung einer Stabilisierung nachhaltig garantieren zu können.

In weiterer Folge wurde im November 2006 bei einer Krisensitzung in Addis Abeba mit der sudanesischen Regierung ein Kompromiss über eine Hybridmission der UNO und der AU geschlossen, der im Juni 2007 zur Resolution 1769 führte und die Grundlage für UNAMID darstellt.

UNAMID

UNAMID ist die erste gemeinsame Mission der UNO und der Afrikanischen Union. Während sich ihre militärische Komponente vor allem aus afrikanischen Truppen zusammensetzt, bestehen die technischen und logistischen Truppenteile vorwiegend aus asiatischen Kontingenten.

Die sudanesische Regierung steht UNAMID eher ablehnend gegenüber. Kritiker werfen Khartoum vor, alle Möglichkeiten zu nutzen, die gesamte Mission so ineffektiv wie möglich zu gestalten. Als Beispiele werden Verzögerungen bei der Verzollung, Visagewährungen, Zuteilungen von Land für Camps oder Probleme bei der Genehmigung von Wasserbohrungen angeführt.

Struktur

Die Hybridmission verfügt über eine gemeinsame Kommandostruktur, wobei UN-Prinzipien und UN-Standards zur Anwendung kommen. Ein gemeinsamer Sonderbeauftragter, der gleichzeitig Missionschef ist, erstattet zu gleichen Teilen an den UN-Generalsekretär und den Vorsitzenden der AU-Kommission Bericht. Die strategischen Hauptquartiere sind in New York (UNO) und Addis Abeba (AU). Das Missionshauptquartier ist in Al Fasher, das logistische Hauptquartier in Nyala (beides Darfur) angesiedelt.

Mandat

Im Vergleich zu den AMIS-Mandaten ist das UNAMID-Mandat weitaus robuster und umfassender. Es beinhaltet die Gewährleistung ausreichender humanitärer Versorgung, den Schutz von Zivilisten, die Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit, die Mitwirkung beim politischen Friedensprozess, die Unterstützung der UN/AU-Vermittlungstätigkeit sowie die Überwachung der Sicherheitssituation an der Grenze zum Tschad und zur Zentralafrikanischen Republik.

Die Einsatzräume der Friedensmissionen

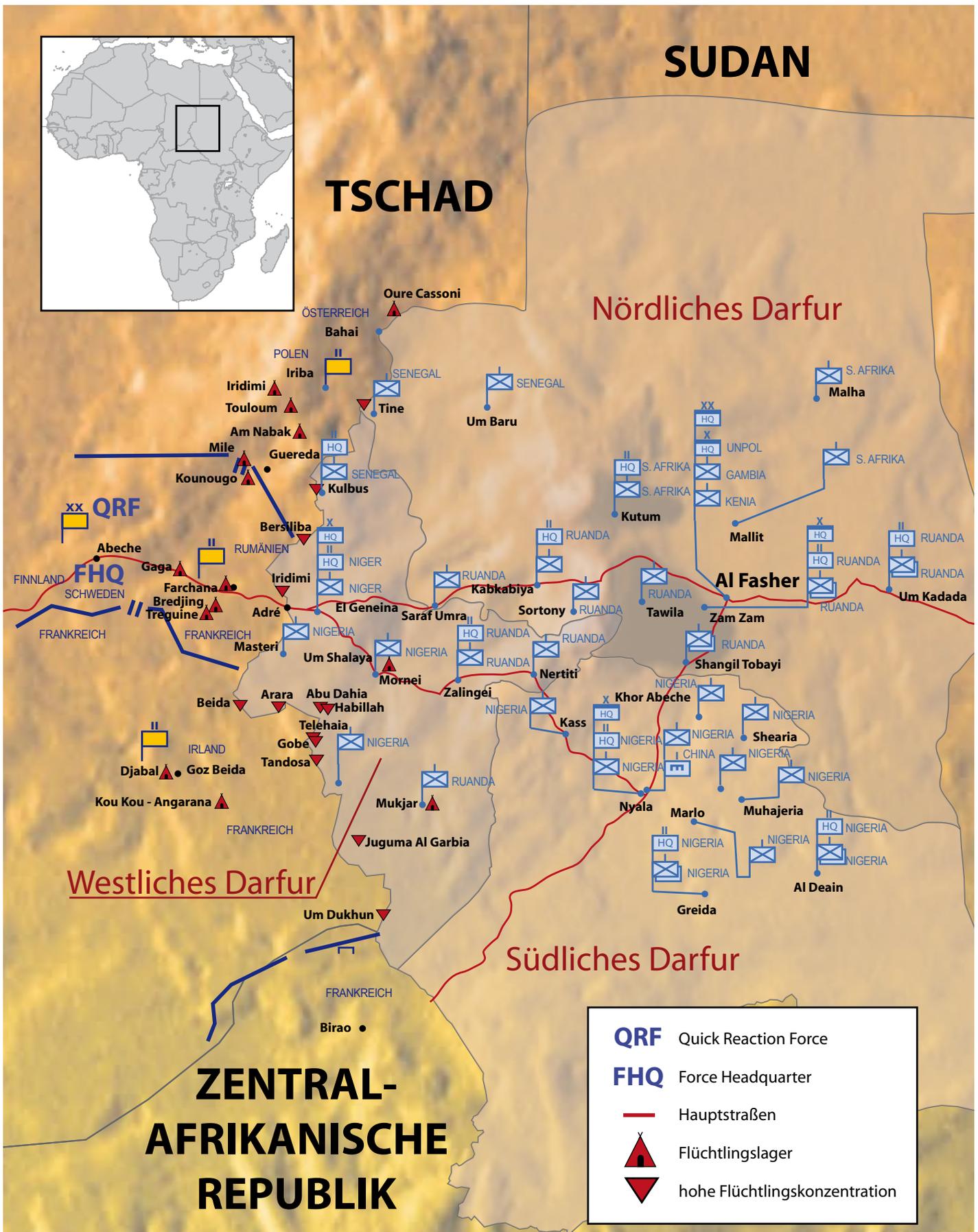




Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Dorfbewohnerinnen passieren auf dem Weg zum Markt einen EUFOR-Soldaten

Allerdings hatte die Regierung in Khartoum bei diesem Kompromiss sowohl in Bezug auf den Charakter der Mission als auch auf das Mandat weitreichende Einschränkungen durchsetzen können. Die Verbreitung von Klein- und Leichtwaffen wird in Darfur nur beobachtet, eine Beschlagnahme oder gar Entwaffnung der Kombattanten ist durch das Mandat nicht abgedeckt.

Stationierung

Mitte Februar 2008 konnte die obere Führungsebene von UNAMID stationiert werden und das Hauptquartier in Al Fasher seine Arbeit aufnehmen. Im Bereich des militärischen und polizeilichen Personals hat die Mission weniger als die Hälfte des Solls erreicht. Von den 26 000 geplanten militärischen, polizeilichen und zivilen Einheiten waren Ende April 2008 erst knapp 10 000 im Einsatz.

EUFOR Tchad/RCA und MINURCAT

Mit den Missionen EUFOR Tchad/RCA sowie MINURCAT wird ein neuartiges Modell im internationalen Krisenmanagement erprobt. Während sich die UN-Mission auf zivile Aufgaben (Polizeiausbildung, Verbreitung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit) beschränkt, stellt die EU-Mission die militärische Komponente dar (Herstellung einer sicheren Umgebung). Ebenfalls zum ersten Mal haben zwei internationale Missionen ein gemeinsames Mandat.

Mandat

Resolution 1778 (2007) des UN-Sicherheitsrates billigte die Einrichtung einer UN-Mission in der Zentralafrikanischen Republik

und im Tschad (MINURCAT) und ermächtigte die EU in diese Ländern Truppen für einen Zeitraum von 12 Monaten ab der ersten Einsatzfähigkeit zu entsenden. Von den insgesamt knapp 4000 Personen stellt Österreich mit 160 – nach Frankreich (2000), Belgien (500), Irland (400), Polen (400) und Schweden (250) – das sechststärkste Kontingent aller 21 teilnehmenden Nationen.

Stationierung

Die Stationierung von MINURCAT begann zum Jahreswechsel 2007/08. Am 8. April startete MINURCAT mit der Ausbildung der ersten 77 von 800 tschadischen Polizisten (Police tchadienne pour la protection humanitaire). Zur zivilen Komponente (Polizisten und Polizeiausbilder sowie Menschenrechts- und Rechtsexperten) gibt es von militärischer Seite Verbindungsoffiziere.

Am 28. Jänner 2008 beschloss der Rat der EU den Beginn von EUFOR Tchad/RCA. Nur wenige Tage später kam es zur Eskalation des Bürgerkrieges in N'Djamena und damit zu einer Verzögerung der Entsendung der Mission. Am 19. Februar führten EUFOR-Truppen ihre erste Patrouille im Tschad durch. Am 15. März wurde die erste Stufe der Operationsbereitschaft hergestellt. Ab diesem Zeitpunkt begann für EUFOR Tchad/RCA die vorgesehene Missionsperiode von einem Jahr zu laufen.

Es ist nicht zu erwarten, dass alle Ziele bis zum geplanten Ende der Mission erfüllt werden. Es stellt sich daher bereits jetzt die Frage, wie sich eine allfällige Fortsetzung gestalten könnte.

■ Abkürzungen

AMIS	African Union Mission in Sudan
AN	Alliance Nationale
APRD	Armée Populaire pour la Restauration de la République et la Démocratie
AU	Afrikanische Union
CPA	Comprehensive Peace Agreement
DPA	Darfur Peace Agreement
EU	Europäische Union
FUC	Front Uni pour le Changement
JEM	Justice and Equality Movement
MINURCAT	United Nations Mission in the Central African Republic and Chad
RFC	Rassemblement des Forces pour le Changement
SLM/A	Sudan Liberation Movement/Army
SPLM/A	Sudan People's Liberation Movement/Army
UFDD	Union des Forces pour la Démocratie et le Développement
UFDD-F	UFDD-Fondamentale
UFDR	Union des Forces Démocratiques pour le Rassemblement
UNAMID	United Nations - African Union Mission in Darfur
UNO	United Nations Organization



Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich

Fragile Staaten oder aus Bürgerkriegen hervorgegangene Quasi-Staaten werden in der westlichen Welt wegen der zunehmenden Internationalisierung von Risiken wie Proliferation, organisierter Kriminalität oder Terrorismus immer mehr als potenzielle Gefahr für die eigene nationale Sicherheit wahrgenommen. Die Publikation analysiert die unterschiedlichen Zugänge zum Nation- und State Building sowohl bei den lokalen Akteuren als auch von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft.



Zivil-Militärische Zusammenarbeit am Beispiel Afghanistans

Diese Publikation von Walter Feichtinger und Markus Gauster beleuchtet einen kritischen Faktor des internationalen Krisenmanagements in Afghanistan. Internationale Experten mit operativen Erfahrungen aus den Bereichen Entwicklung, Diplomatie, Universität, Justiz, Polizei und Militär präsentieren dabei ihre unterschiedlichen Ansätze und Vorstellungen von Zusammenarbeit. Eine reibungslose, synergetische Kooperation stellt sich dabei trotz wachsendem Verständnis der Akteure im Feld als große Herausforderung dar.



Small Arms - Big Problem

Kleinkaliberwaffen werden oft als die wirklichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Sie spielen eine zentrale Rolle in Bürgerkriegen, Staatszerfall, Kriminalität und Terrorismus und vereiteln entwicklungspolitische Maßnahmen. Die von Peter Hazdra herausgegebene Publikation gibt einen Einblick in internationale Strategien und Konzepte über den Umgang mit dem „kleinen großen“ Problem.



Krisenherd Nordostafrika. Internationale oder afrikanische Verantwortung?

Der Sammelband beschäftigt sich mit den Konflikten in Nordostafrika sowie dem Konfliktmanagement durch regionale und internationale Organisationen. Beleuchtet werden diverse Konflikte, die synonym für zwischenstaatliche Konflikte, Bürgerkrieg und Staatszerfall stehen. Weiters werden regionale und internationale Akteure sowie Lösungsansätze untersucht.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAk) des österreichischen Bundesheeres: Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
- Forschung und Lehre
- Öffentlichkeitsarbeit

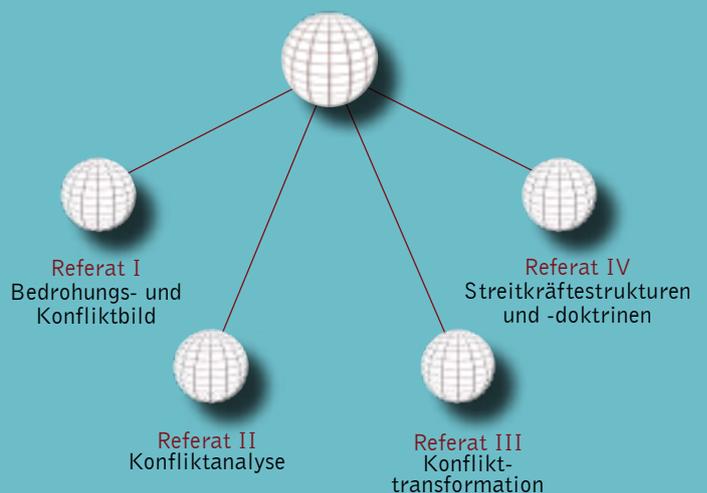
- Bedrohungs- und Konfliktbild: Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

- Konfliktanalyse: Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

- Konflikttransformation: Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

- Streitkräftestrukturen und -doktrinen: In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

LANDESVERTeidIGUNGSakADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:

Dr. Walter Feichtinger, Dr. Gerald Hainzl,
Mag. Florian Walter

Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel. | +43 (0) 50201 10 28701
fax | +43 (0) 50201 10 17262
e-mail | lvak.ifk@bmlv.gv.at

Designkonzept und Layout:

Medienstelle
Alexander Erb

Grafik:

Alexander Erb

Herstellung:

BMLV / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlv.gv.at

Autoren:



Dr. Gerald Hainzl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Afrika-Experte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er verfasste zahlreiche wissenschaftliche Publikation zu Krisen und Konflikten in Afrika. Im Rahmen seiner Tätigkeit beschäftigt er sich mit afrikanischer Sicherheitspolitik, Konfliktforschung sowie afrikanischen Regionalorganisationen.



Mag. Florian Walter

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Seine Forschungsfelder umfassen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Konflikte in Afrika.

Die Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Valerie Erwa.